

**DSCHUNGEL-JAGD.** Der Vorsitzende des Weltverbands der jüdischen Verfolgten des Nazi-Regimes, Tuvia Friedmann, will den angeblich in Paraguay lebenden deutschen KZ-Arzt Josef Mengele mit Hilfe der Uno zur Strecke bringen. Der Israeli meldete diesen Wunsch öffentlich an, weil die Regierung in Asuncion — wie Friedmann am vergangenen Montag schriftlich vom Bundespräsidialamt erfahren hatte — ein Bonner Auslieferungsersuchen mit der Begründung ablehnt, Mengele habe die Staatsbürgerschaft von Paraguay erworben. Bonns Brief weiter: Auf den Vorschlag, dem KZ-Arzt von Auschwitz die Staatsbürgerschaft abzuerkennen, sei die Regierung in Asuncion nicht eingegangen, und „unter diesen Umständen dürften neue amtliche deutsche Schritte aussichtslos sein“. Bevor Friedmann am 25. August in einem

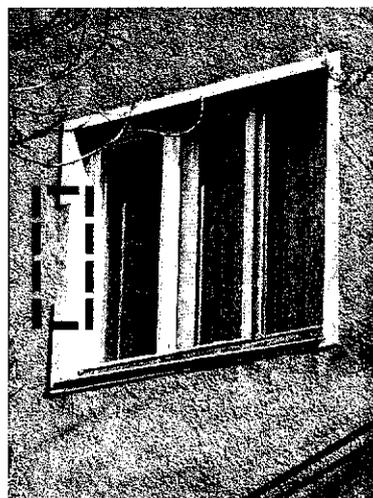
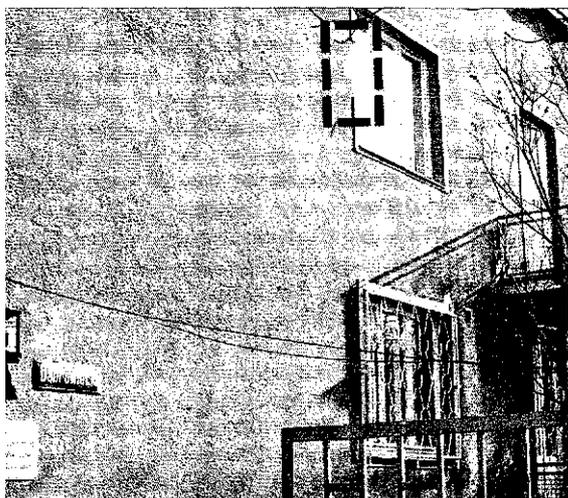
Schreiben an den Bundespräsidenten westdeutsche Initiativen ange-mahnt hatte, war er selbst tätig geworden, um Mengele aufzuspüren, der im Dschungel des Grenzgebiets zwischen Paraguay, Brasilien und Argentinien häufig sein Domizil wechseln soll. So hatte Friedmann zu jüdischen Verbänden in Paraguay Kontakt aufgenommen, doch die Glaubensbrüder taten aus Furcht vor Repressalien nicht mit. Erfolglos blieb auch der Versuch, den in Bayern lebenden Bruder Mengeles in die Jagd einzuschalten — eine entsprechende Aufforderung wurde nicht beantwortet. Nach diesen Fehlschlägen rechnet der Vorsitzende des Verfolgten-Verbands trotz eventueller Uno-Intervention mit längeren Fristen bis zur Mengele-Festnahme. Um nach der Verhaftung keine Zeit mehr zu verlieren, schlug Friedmann deshalb vor, schon jetzt

einen Prozeß gegen den KZ-Arzt vor einem internationalen Gericht zu beginnen — in Abwesenheit des Angeklagten.

**NACHWUCHS-REBELLION.** Oppositionschef Rainer Barzel verlor gegen junge Oppositionelle im eigenen Lager. 25 Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die erst vor einem Jahr ins Bonner Parlament eingezogen waren — darunter Ferdinand Breidbach, 32, Eberhard Pohlmann, 39, Anton Pfeifer, 33, und Erich Riedl, 37 —, lehnten am Dienstag vergangener Woche einen Antrag ihres Vorsitzenden ab, zur Schonung des Barzel-treuen Fraktions-Establishments die fällige Neuwahl des Gesamtvorstands bis zum November 1972 zu verschieben. Ihr Gegenvorschlag: Mit Hilfe einer neuen Wahlordnung solle bis zum April nächsten Jahres der 67-Mann-Vorstand durch ein stark reduziertes und damit handlungsfähigeres Gremium ersetzt werden. Die Rebellion hatte Erfolg: Ihr Antrag erhielt die meisten Stimmen.

**WILSON-INTERVENTION.** Die Entscheidung des konservativen britischen Innenministers Reginald Maudling, aus Gründen „nationaler Sicherheit“ weder Rudi Dutschke noch dessen Anwalt zur Berufungsverhandlung vor dem Appellations-Tribunal der Einwanderungsbehörde zuzulassen, stößt auf wachsende Kritik. Maudlings Vorgänger Callaghan erklärte, ihm sei während seiner Amtszeit nichts bekanntgeworden, was ein solches Geheimverfahren rechtfertigen könnte. Alarmiert durch einen Brief der Anti-Kiesinger-Demonstrantin Beate Klarsfeld, intervenierte auch Oppositionsführer Harold Wilson im Home Office. Ihn beschied Maudlings Privatsekretär Halliday: Dutschke habe gegen die Entscheidung des Innenministeriums Berufung eingelegt — „unter diesen Umständen ist der Innenminister nicht in der Lage, zu dem Fall einen Kommentar zu geben“.

**PANTHER-STRAFE.** Radikale Farbige erhalten in den USA mehr Verkehrs-Strafmandate als politisch indifferente Bürger. Die Soziologin Heussenstamm von der Universität von Kalifornien in Los Angeles schickte fünf schwarze, fünf kaukasische- und fünf mexikanisch-amerikanische Studenten, die ein Jahr lang ohne polizeiliche Beanstandung Auto gefahren waren, zu Forschungszwecken in den Straßenverkehr. Bedingung: Die Testpersonen mußten sich einerseits streng an die Verkehrsregeln halten, andererseits aber ihre Stoßstangen mit Black-Panther-Parolen bekleben. Nach 17 Tagen hatten die bislang unbescholtenen Fahrer 33 Strafmandate, 500 Dollar, die für diese Forschung ausgesetzt waren, mußten als Bußgelder gezahlt werden.



## „Wanzen“ in Bonns Handelsmission

Wenn sich bundesdeutsche Diplomaten in Warschau etwas Wichtiges zu sagen hatten, schwiegen sie — und tauschten Zettel aus. Grund: Kurz vor der Ankunft von Außenminister Walter Scheel zu den Grenzverhandlungen in der polnischen Hauptstadt hatten Bonner Abwehrleute in der Kanzlei der westdeutschen Handelsmission, dem Beratungsort der Verhandlungs-Delegation, neun Geheim-Mikrophone der polnischen Spionageorganisation entdeckt. Die Fahnder des Bundesnachrichtendienstes (BND) hatten die Mikrophone in dem vor mehr als sechs Jahren bezogenen Bürogebäude an der Dabrowiecka Nummer 30 in dem Warschauer Diplomaten-Vorort Saska Kepa (Photo l.) mit modernem Peilgerät aufgespürt. Die Minispione (Branchen-Jargon: „Wanzen“) waren in den Arbeitsräumen leitender Missionsbeamter installiert: im ersten Stock an einem Fenster (gestrichelte Linie) und im Fernschreibraum des Hauses, wo die Bonner Diplomaten zuweilen

ihre Geheimtelegramme an die AA-Zentrale diktieren. Erläuterte ein BND-Mitarbeiter: „So etwas zu finden, ist technisch gar nicht so einfach.“ Damit sei auch zu erklären, daß bei einer früheren Routine-Überprüfung der Handelsmission zwar einige, aber offenkundig nicht alle Geheim-Mikrophone gefunden worden waren. Über seine Spürmethoden schwieg der BND-Spezialist sich aus: „Wenn wir da was rauslassen, machen wir uns die Arbeit in anderen Ostblockstaaten schwer. Die Gegenseite sagt ja auch nicht, wo sie ansetzt.“ Botschafter Emmel weiß offiziell „nichts über Mikrophone“, gibt aber zu: „Wir haben den Raum hergerichtet.“ Da der Missionschef alles tun will, „um das Vertrauen zwischen Polen und Deutschen zu vergrößern“, möchte er aus den Entdeckungen des Bundesnachrichtendienstes keine Affäre machen. Emmel: „Das alles entstammt einer geistigen politischen Haltung, die vor zehn Jahren Mode war.“